

Berlin, den 26. Juli 2022

Positionspapier

Wie unlängst dem gemeinsamen Konzept des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen zu entnehmen war, plant die Bundesregierung einen umfassenden Umbau der Wärmeerzeugung im Gebäudesektor und möchte dazu im Wege einer öffentlichen Konsultation mit den betroffenen Akteuren in den Austausch treten. Der Aussenhandelsverband für Mineralöl und Energie e.V. (AFM+E) vertritt die Interessen der unabhängigen, mittelständischen Energiehandelsunternehmen und -importeure in Deutschland. Die hinter dem Verband stehenden 33 Unternehmen sehen es als ihre Aufgabe, die Energieversorgung jederzeit flächendeckend und verlässlich sicherzustellen und sind eine tragende Säule der Versorgungssicherheit in Deutschland. Wir möchten zu den von Ihnen vorgebrachten Plänen daher gerne eine Stellungnahme abgeben.

Zunächst einmal begrüßen wir den Ansatz der Bundesregierung, frühzeitig mit den Betroffenen in den Austausch zu gehen und verschiedene Lösungsoptionen in eine ergebnisoffene Diskussion zu geben. Die Erreichung der Klimaschutzziele und die Reduktion der Abhängigkeit von Energieimporten gehören zu den wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Der Wärmesektor hat den größten Anteil am deutschen Energiebedarf und stellt damit auch die größte Herausforderung in beiden Bereichen dar. Die Einführung eines Anteils von 65% erneuerbare Energien an jeder neu eingebauten Heizung ab 2024 ist daher ein wichtiger Schritt zu ihrer Bewältigung. Es sollte jedoch nicht in Vergessenheit geraten, dass Heizungsanlagen für gewöhnlich eine lange Lebensdauer haben und auch mit der bereits bestehenden Regelung zur Betriebslaufzeit von Ölheizungen diese noch viele Jahre in Betrieb sein werden. Auch ein bestehender Fach- und Materialmangel im Bereich der Wärmepumpen und des Baugewerbes, das zu einer besseren Isolierung von Gebäuden beiträgt, kommen erschwerend hinzu. Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen stellt, sich mithin die Frage, was bereits heute getan werden kann, um die Emissionen im Wärmebereich zu senken. Hier ist vor allem zu nennen:

1. Hochlauf alternativer, flüssiger Brennstoffe

Es ist zwar richtig, dass es sich bei grünem Wasserstoff und anderen strombasierten synthetischen Brennstoffen um knappe Ressourcen handelt, die dadurch derzeit noch entsprechend teuer sind. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen naturgegebenen Zustand, sondern um ein durch die wenig technologieoffene Haltung der Politik herbeigeführtes Problem. Derzeit gehen große Mengen an erneuerbarer Energie verloren, weil sie nicht in das sonst überlastete Stromnetz eingespeist werden können. Windkraft- und Solaranlagen werden in diesen Fällen abgeschaltet. Dieser Strom könnte im Sinne eines Power-to-Liquid-Ansatzes gespeichert werden und durch Elektrolyse in

Wasserstoff oder in einem nächsten Schritt in synthetische Brenn- und Kraftstoffe umgewandelt werden. Diese Brennstoffe sind klimaneutral, da sie unter Zuhilfenahme von erneuerbaren Energien aus Wasser und Kohlenstoff, der der Atmosphäre entzogen wird, produziert werden. Auch ein Import solcher Brenn- und Kraftstoffe aus Regionen, die über viel nutzbaren Wind und Sonne verfügen, ist möglich. Da der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland jedoch noch in den Kinderschuhen steckt, ist er sowie seine Derivate in Deutschland bisher nur zu hohen Preisen verfügbar. Dies ließe sich jedoch durch ein entsprechendes Scale-up und die entsprechende Regulatorik leicht ändern.

2. Beimischung biogener Bestandteile

Weiterhin besteht bereits jetzt die Möglichkeit der Beimischung von flüssigen, biogenen Brennstoffen. Da für eine Beimischung zu Heizöl dieselben biogenen Brennstoffe verwendet werden wie im Transportsektor, sollten die Kriterien und entsprechenden Nachweispflichten im Wärmemarkt identisch sein. Ebenfalls sollten dieselben Mengen aus dem Co-Processing mit denselben Vorgaben angerechnet werden können

Im Hinblick auf die geplante Umstrukturierung der Wärmeversorgung in der Zukunft möchten wir vortragen, dass wir die im gemeinsamen Konzept vorgetragene Möglichkeit, die Erfüllungsoptionen in ein Stufenverhältnis zu setzen, strikt ablehnen. Vielmehr plädieren wir für einen technologieoffenen Ansatz aus folgenden Gründen:

1. Selbstregulierung des Markts und Freiheit des Bürgers

Da es sich bei der Einführung einer rigiden 65%-Vorgabe bereits um einen nicht unerheblichen Eingriff in die Freiheit des Bürgers handelt, sollte dieser zumindest die Möglichkeit haben, die Erfüllungsoption selbstständig zu wählen. Sollten Biomasse, grüner Wasserstoff und strombasierte, synthetische Kraftstoffe weiterhin knappe und dadurch teure Güter bleiben, wird der verpflichtete Eigentümer diese nicht als Erfüllungsoption wählen, da dies nicht wirtschaftlich wäre. Der Markt wird sich hier also selbst regulieren.

2. Effizienz und Verbraucherfreundlichkeit

Zudem passen die auf der ersten Stufe genannten Erfüllungsoptionen nicht für jeden Haushalt. So ist eine Wärmepumpe nur für Häuser geeignet, die über eine gute Isolierung und großflächige Heizsysteme wie beispielsweise eine Fußbodenheizung verfügen. Dass dies durch einen Sachverständigen unter diffuse Kriterien wie „technisch nicht möglich“ oder „wirtschaftlich nicht vertretbar“ subsumiert werden muss, erscheint unzureichend und verbraucherunfreundlich. Vielmehr sollte zusätzlich beleuchtet werden, ob eine Wärmepumpe im Einzelfall auch wirklich effizient ist. Zudem müssten die Kriterien, nachdem ein Sachverständiger sein Gutachten erstellt wesentlich genauer ausgestaltet und definiert werden, was genau unter ihnen zu verstehen ist.

3. Reaktivierung flüssiger Energieträger im Sinne des Industriestandorts DE

Das von der EU-Kommission vorgestellte Paket „Save Gas for a Safe Winter“ sieht vor, die Gasnachfrage in den Mitgliedsstaaten zu drosseln, um die Versorgungssicherheit insbesondere der Industrie im Winter zu gewährleisten. Doch auch Verbraucher

könnten hierzu ihren Beitrag leisten. Jede Menge an Gas, die im Bereich des privaten Heizens gespart werden kann, kann so in der Industrie zum Einsatz kommen. Hier wäre zu prüfen, ob eine Wiederinbetriebnahme von Ölheizkesseln, in Haushalten, die auf eine Gasversorgung umgestellt haben, möglich ist. Die Versorgung mit Heizöl ist derzeit gesichert, die Infrastruktur für Produktion, Lagerung und Transport besteht. Zwar handelt es sich hierbei um einen fossilen Energieträger, in Anbetracht der aktuellen weltpolitischen Lage und der akuten Gefährdung der deutschen Versorgungssicherheit sollte man sich im kommenden Winter jedoch auf zur Verfügung stehende Energiequellen zurückbesinnen. Eine Reduktion der CO₂-Emissionen ist hierbei zudem durch Beimischungen, beispielsweise von flüssigen, biogenen Energieträgern möglich. Eine zeitliche Befristung des fossilen Anteils bei Hybridanlagen erscheint daher vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Lage unklug.

4. Weltpolitische Lage und Versorgungssicherheit

Generell können Deutschland und die europäische Union es sich im aktuellen weltpolitischen Klima nicht leisten, Möglichkeiten, die Versorgungssicherheit der Industrie und der Bevölkerung sicherzustellen, zu beschneiden.

Abschließend möchten wir nochmals betonen, dass die gesamte Infrastruktur für eine Wärmeversorgung auf flüssiger Basis bereits existiert und es für ein Umswitchen keines Umbaus bedarf. Die Versorgung mit Rohöl und die Möglichkeiten für dessen Raffinierung zu Heizöl sind derzeit gesichert, die Infrastruktur für Produktion, Lagerung und Transport besteht. Der Mittelstand steht bereit, um die Versorgungssicherheit Deutschlands bereits und insbesondere in diesem Winter, aber auch in den noch folgenden, sicherzustellen und gleichzeitig seinen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele zu leisten.

Wir bitten Sie darum, unsere Argumente in der aktuellen Diskussion mit zu berücksichtigen. Zudem würden wir uns freuen, mit Ihnen im Rahmen der öffentlichen Konsultation ein persönliches Gespräch zu führen, in dem wir uns gern vorstellen würden.